

sönlichen Aussprachen mit ihren Kollegen haben sie die Aufgaben der Partei beim Aufbau des Sozialismus erläutert, haben über die Erziehung der Mitglieder und Kandidaten und der Parteiloson zum sozialistischen Bewußtsein diskutiert und nachgewiesen, daß die Genossen bei der Lösung der Aufgaben immer an der Spitze stehen. Besonders oft und gründlich sprachen die Genossen mit ihrem Kollegen Pohle. Diese ständigen Aussprachen machten allen Brigademitgliedern klar, daß dem Vortrupp der Arbeiterklasse nur die Besten angehören können. So begrüßten sie es, daß ihr Kollege Pohle, ein stets fleißiger und hilfsbereiter Arbeiter, der das volle Vertrauen der Brigade besitzt, den Antrag um Aufnahme als Kandidat stellte.

Wenn das Prinzip der individuellen Auswahl nicht beachtet wird, führt das zur Jagd nach Zahlen und zur Aufnahme um jeden Preis; die Verbesserung der klassenmäßigen Stärkung steht nicht ständig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Leitungen, sondern wird kampagnehaft geführt.

So gab die Bezirksleitung Magdeburg in einem Rundschreiben an die Kreisleitungen den Hinweis, die Aufnahmen vom Standpunkt des höheren Beitragsaufkommens zu betrachten. In dem Rundschreiben an die Kreisleitung Halberstadt hieß es u. a.: „Wenn von den 660 noch zuwerbenden Kandidaten schnellstens 300 und von den noch 76 zuwerbenden Angehörigen der Intelligenz 40 gewonnen werden, könnte das gestellte Soll schon laufend erfüllt werden.“ Eine solche Linie widerspricht den Beschlüssen des Zentralkomitees und zeigt, wie oberflächlich noch ZK-Beschlüsse ausgewertet und durchgeführt werden. Diese Art „Auswahl“ verhindert direkt eine individuelle Auswahl und ist nicht dazu angetan, den Einfluß dort zu verstärken, wo er zur Zeit noch schwach ist.

Einheitliche Kandidatenzeit entspricht erhöhten Anforderungen

Im engen Zusammenhang mit der Regulierung des Wachstums und der Auswahl der Besten steht die im Statutenentwurf festgelegte einheitliche Kandidatenzeit von einem Jahr.

Diese neue Festlegung im Statut bedeutet für alle Parteileitungen mehr Verantwortung und verlangt größere Anstrengungen bei der Gewinnung der besten Menschen für die Partei.

Die auf dem IV. Parteitag 1954 beschlossene Regelung über eine differenzierte Kandidatenzeit war seinerzeit richtig und hat dazu beigetragen, eine bessere Auswahl bei der Aufnahme von Kandidaten zu sichern und die soziale Zusammensetzung der Partei entsprechend ihrem Charakter als Partei der Arbeiterklasse zu regulieren.

Die im Programmwurf für den VI. Parteitag aufgezeigten umfangreichen und komplizierten Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus erfordern eine neue, höhere Qualität der Parteiarbeit. An alle Leitungen der Grundorganisationen und der leitenden Parteiorgane, an jedes einzelne Parteilmitglied werden höhere Anforderungen gestellt.

Im Entwurf des neuen Statuts ist darum festgelegt, daß alle Genossen schöpferisch mitarbeiten, daß sie ständig ihr politisches und fachliches Wissen vergrößern.

Die neuen Aufgaben verlangen von jedem Mitglied und Kandidaten, daß sie durch persönliches Beispiel hervorragen und ihren Einfluß durch gute Arbeitsergebnisse verstärken, daß sie es als ihre Hauptaufgabe ansehen, durch gute politische Massenarbeit alle Bürger der DDR für den umfassenden Aufbau des Sozialismus zu gewinnen.

Daraus ergibt sich, daß die Genossen in den Mitgliederversammlungen gründlich mit dem Programm, dem Statut und anderen wichtigen Parteidokumenten sowie mit der Politik der Partei und Regierung vertraut gemacht werden.

Die Anforderungen, die die Partei an jeden Genossen stellt, sind also größer geworden.

Die Praxis hat bewiesen, daß die bisherige Kandidatenzeit von einem halben Jahr nicht mehr ausreicht. Sie ist zu kurz, weil der Kandidat nicht allseitig und gewissenhaft genug auf die gewachsenen Aufgaben eines Parteilmitgliedes vorbereitet werden kann.

Ein weiterer Grund für die Einführung der einheitlichen Kandidatenzeit ist, daß besonders seit dem V. Parteitag unter